

**4. Stadtparteitag
der Partei
DIE LINKE.**

Seite -2-

**NPD Verbot jetzt,
wir machen weiter!**

Seite -4-

**10-Punkte-Sofort-
programm der
LINKEN**

Seite -5-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

18. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

20. Oktober 2009

Koalition von CDU und SPD lässt Kommunen im Regen stehen

Zur Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE zum Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes im Finanzausschuss des Landtages erklärt der Fraktionsvorsitzende Wulf Gallert:

Auf der heutigen Sitzung des Finanzausschusses beantragte die Fraktion DIE LINKE, den vorgelegten Gesetzentwurf zum Finanzausgleichsgesetz zu ändern, um wenigstens die kommunalen Finanzzuweisungen des Jahres 2009 auch in den beiden Folgejahren an die Kommunen zu überweisen. Darüber hinaus beantragte DIE LINKE die Streichung der Rückzahlungsforderungen des Landes in Höhe von jeweils 80 Mio. Euro in den beiden Haushaltsjahren 2010 und 2011, die das Defizit der Kommunen noch einmal vergrößern.

Dies würde eine Stabilisierung der kommunalen Finanzsituation im Umfang von 212 Mio. Euro jährlich bedeuten. Das wäre jedoch immer noch um 389 Mio. Euro geringer als der vom Städte- und Gemeindebund ermittelte Finanzbedarf. Die Fraktion DIE LINKE ist sich der Tatsache bewusst, dass dieser Antrag im Vergleich zum Gesetzentwurf der Landesregierung zu einer höheren Neuverschuldung des Landes führen würde. Deswegen nehme sie auch Abstand von den Forderungen des Städte- und Gemeindebundes.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD lehnten diesen Änderungsantrag mit der Begründung ab, dass eine Erhöhung der Neuverschuldung des Landes untragbar wäre.

Die Koalitionsfraktionen nehmen jedoch damit in Kauf, dass

1. die Neuverschuldung der Kommunen im Bereich der Kassenkredite mindestens um die strittige Summe steigen wird,
2. die Kommunen dazu gezwungen werden, in dieser Krise radikale Struktureinbrüche umzusetzen und damit die öffentliche Daseinsvorsorge zu gefährden.

Während das Land selbst auf solche Struktureinbrüche verzichtet, zwingt es mit diesem Finanzausgleichsgesetz die Kommunen zu solchen Schritten. Dies ist eine sehr kurzsichtige und letztlich auch scheinheilige Politik. DIE LINKE wird während der Haushaltsberatungen ihre Position zur Kommunalfinanzierung auch weiterhin einbringen.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

4. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE.

Auf dem 4. Stadtparteitag des Stadtverbandes Halle (Saale) der Partei DIE LINKE. wurde der alte Stadtvorstand durch die Delegiertenversammlung entlastet und ein neuer Stadtvorstand gewählt.

Die Ergebnisse: Als Vorsitzender wurde **Sven Knöchel** wiedergewählt, ebenfalls wiedergewählt wurde als Schatzmeisterin **Marion Krischok**. Als Stellvertreterin wurde **Marianne Böttcher** gewählt.

Die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes:

Ute Borchert

Heike Deuerling- Kalsow

Ute Haupt

Ferdinand Lorenz

Heinz-Günther Ploß

Andreas Römer

Lydia Roloff

Dieter Schika

Frigga Schlüter- Gerboth

Den nicht wieder angetretenen Genossinnen und Genossen
Henriette Quade, Uta Zillmann, Katharina Rommel, Wolfgang
Guitjes wurde für ihre bisherige Arbeit gedankt.

Wahl zur Finanzrevisionskommission

Renate Krimmling

Peter Schmiedel

Wahl der Delegierten zum Landesparteitag

Frank Baier

Achim Bittrich

Ute Borchert

Ines Budnik

Heike Deuerling-Kalsow

Ute Haupt

Ants Kiel

Sven Knöchel

Marion Krischok

Bodo Meerheim

Henriette Quade

Dieter Schika

Rene´ Trömel

Uta Zillmann

Wahl der Ersatzdelegierten zum Landesparteitag

Renate Krimmling

Hubert Leuschner

Lydia Roloff

Peter Schmiedel

Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag

Achim Bittrich

Sven Knöchel

Henriette Quade

Petra Sitte

Zur Beachtung:

Korrektur Vorstandsbericht vom 10.10.2009

Auf dem Stadtparteitag ist der Bericht des Vorstandes durch eine technische Panne nicht vollständig gedruckt worden. Untenstehend nun die vollständige Passage zur öffentlichen Sicherheit Euch zur Kenntnis. Den ganzen Bericht noch einmal vollständig zu veröffentlichen sprengt den Umfang des Linken Blattes. Nachzulesen ist er auch nochmal auf unserer Internetseite:

<http://www.dielinke-halle.de/index.php?id=10031>

Ebenfalls monatlich tagt die AG Öffentliche Sicherheit.

Wesentliche Themen der letzten zwei Jahre waren die Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung, die Marktordnung, die Straßenbeleuchtung, der Brand- und Katastrophenschutz sowie die Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Zu verschiedenen Problemen wurden Anfragen für den Stadtrat erarbeitet, so beispielsweise zur Sicherheit leer stehender Gebäude, zur Arbeit der Schiedsstellen und auch zur immer wieder zur Sprache kommenden Hundeproblematik.

Im Februar 2008 fand ein Treffen mit Vertretern der Polizei Halle-Neustadt zu Fragen der Öffentlichen Sicherheit statt. An den Beratungen nehmen jeweils 5 bis 8 Mitglieder teil.

Wann müssen wir auf was verzichten müssen?

Das zweite Oktoberwochenende 2009 war überaus interessant für Deutschland.

Angelehnt an drei Schauplätzen ging es um oder gegen die Linke - oder besser - deren Vertreter. Herr Ulrich von den Saar-Grünen führte seine Partei in eine Koalition mit CDU und FDP. In der Erklärung, warum eine rot-rot-grüne Landesregierung von den Grünen ad acta gelegt wurde, fällt immer wieder der Name Oskar Lafontaine. Es scheint so, als ob bei den Grünen (oder eher bei Herrn Ulrich) Personen eine wichtigere Rolle spielen als Ziele und Inhalte. Kritik kommt aber bereits aus Kreisen der Jugend der Grünen. Sie werden mit den Folgen der Entscheidung für Jamaika bei den nächsten Landtagswahlen zu kämpfen haben, zumal 5,9% der Wählerstimmen kein großes Polster darstellt und erst recht kein Garant für einen Wiedereinzug in den nächsten saarländischen Landtag.

Herr Matschie aus Thüringen schießt aus meiner Sicht den Vogel ab und produziert mit seinem Verhalten eine erstklassige Demontage der SPD hin zu einer 10-Prozent-Partei. Wer zuerst einen Politikwechsel fordert und dann doch mit der CDU weiter regiert, ist irgendwann überflüssig. Der Spitzenkandidat der Linken, Bodo Ramelow, sollte nach dem Willen von Matschie als Sündenbock für das Scheitern der Gespräche mit Linken und Grünen dienen. Nur komisch, dass Bodo schon zeitig

auf seinen Machtanspruch verzichtet hat. Somit wird die Erklärung zur reinen Lachnummer. Auf Diskussionsforen zur Koalitionsbildung in Thüringen ist die Stimmung eindeutig links.

Wenigstens in Brandenburg will Herr Platzeck mit der Linken eine rot-rote Koalition führen. Zuvor hat jedoch Kerstin Kaiser ihren Verzicht auf ein Ministeramt erklärt.

Nachdem ich am Samstag auf dem Stadtparteitag in Halle Wulf Gallert zuhörte und er in seiner Rede darauf verwies, dass die Linke nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl jetzt mit einem anderen Anspruch bei der nächsten Landtagswahl 2011 antreten muss und wir um den ersten Platz im Land kämpfen werden, fragte ich mich, wann wir auf was verzichten müssen. Wulf hat schon recht, dass wir bei über 30 Prozent auch als Ziel eine Regierungsbeteiligung in einer gemeinsamen Landesregierung mit der SPD haben müssen und dass wir „regieren wollen müssen“. Doch was passiert, wenn wir bei der Landtagswahl 2011 mit vielleicht 35 oder mehr stärkste Kraft werden würden? Sollten wir uns dann den Machtanspruch auf den Posten des Ministerpräsidenten von einem kleineren Koalitionspartner streitig machen lassen? Wieviel Vorsprung vor dem Koalitionspartner brauchen wir?

10 Prozent? 20 Prozent?

Oder gar die doppelte Anzahl von Wählerstimmen, bevor wir auf un-

ser Recht zurecht bestehen? Sicher, es geht um Inhalte und um das Umsetzen von linker Politik. Doch die Menschen, die uns wählen werden, werden uns wegen unserer Politik und wegen unserer Personen wählen. Die Stimme für die Linke ist keine Stimme zweiter Klasse. Bodo Ramelow in Erfurt hat gezeigt, wie wenig der Schritt des Verzichtes wert ist. Kerstin Kaiser allerdings hat aus heutiger Sicht dafür gesorgt, dass ein möglicher Vorwand, soziale Politik mit den Linken nicht umsetzen zu müssen, in Brandenburg nicht mehr existiert.

Wie man es auch betrachtet, auch andere Parteien haben Inhalte, die deren Wähler umgesetzt sehen wollen, oder sich abwenden werden. Nach 20 Jahren wird es Zeit für einen demokratischen Umgang miteinander. Es wird Zeit für Achtung vor den Wählerinnen und Wählern und Achtung vor anderen Ansichten.

Peter Schmiedel

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
15.10.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 29.10.2009

In eigener Sache - aus der Redaktion

Liebe Genossinnen und Genossen, mehrfach wurden und werden wir gebeten, durchaus interessante und lesenswerte Artikel aus Tageszeitungen, Zeitschriften o. ä. zu veröffentlichen.

Dazu möchten wir noch einmal erklären: Im Normalfall ist ein solches Verfahren aufgrund der geltenden Urheberrechtsgesetze nicht möglich. Wir müssten die Zeitung anfragen, diese müsste sich in fast allen Fällen mit den AutorInnen in Verbindung setzen, ergo das ist ein ziemlich aufwändiges und längerwieriges Verfahren, welches auch der Aktualität der Artikel nicht zuträglich wäre. Außerdem schätzen wir ein, dass ein Großteil unserer Genossinnen und Genossen eben diese Zeitungen auch selbst lesen.

Deshalb wäre unsere Bitte, doch eher selbst auf interessante Bücher oder Artikel hinzuweisen, sei es in Form von Annotationen oder Leserbriefen.



Etwa sechzig Gäste waren in das Cafe 'neues theater' gekommen, um dem 7. Oktober in besonderer Art und Weise zu gedenken. Franz Sodann las Texte aus dem Buch

„Wehe dem Sieger - ohne Osten kein Westen“ von Dniele Dahn.

Die gesamte Veranstaltung wurde musikalisch begleitet von Hans Prozell und Freunden.

Besonderer Dank gilt der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihr Sponsoring.

No-npd

NPD Verbot jetzt, wir machen weiter!

Viele Genossinnen und Genossen sowie Freunde aus Halle und dem ehemaligen Saalkreis beteiligten sich an der diesbezüglichen Unterschriftensammlung im letzten Jahr. Diese bundesweite Aktion mit 175.445 Unterschriften musste auch vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zur Kenntnis genommen werden.

Nun stellte sich für uns die Frage, wie weiter?

In der neuen weitergehenden Initiative für ein NPD Verbot geht es uns um die Nutzung des Internet als modernes Kommunikationsmittel, welches besonders von jungen Menschen genutzt wird.

Wie kannst du Dich beteiligen?

Der Bundesvorstand der VVN-BdA hat unter der Internetadresse www.npd-verbot-jetzt.de eine Webseite eingerichtet, die allen Internetnutzern zur Verfügung steht und in der jeder seine Stellungnahme schriftlich einbringen kann. Dafür ist ein Formular aufzurufen; seine Meinung zu schreiben, der Name oder die Initialen einzusetzen und die Landeskennung durch die ersten Buchstaben des KFZ-Zeichen einzusetzen. Mit einem Druck auf den Button „Absenden“ wird die Stellungnahme im Bundesvorstand, dem entsprechenden Land zugeordnet und auf der Webseite veröffentlicht. Eine Karte der einzelnen Länder der Bundesrepublik zeigt mit verschiedenen Farbtönen an, wie viele Stellungnahmen in den einzelnen Ländern und Städten für ein Verbot der NPD abgegeben wurden. Diese Webseite bietet außerdem eine Fülle von Informationen, Argumente und zusätzlichen Hinweisen für die Aktion und Spendenmöglichkeiten.

Nun wissen wir aber auch, dass nur wenige der älteren Bürger über einen Computer und einen Internetanschluss verfügen. Wir alle haben aber auch Kinder und Enkel, die meisten von ihnen haben einen Computer mit Internetzugang. Wir sollten sie bitten, uns zum Inhalt der Webseite zu informieren, es ist auch eine Art junge Menschen an unsere Probleme heranzuführen.

Schickt uns Eure Stellungnahmen auf dem Postweg, wenn Euch der Weg über das Internet nicht möglich ist, wir werden sie dann ins Internet stellen. Lasst uns mehr als 5000 Gründe für ein NPD Verbot ins Netz stellen.

Kontaktadresse:

Landesverband der Verfolgten des Naziregimes
und der Antifaschisten und Antifaschistinnen
Sachsen-Anhalt (VdN-BdA) e.V.
Philipp-Müller-Str. 57 in 06110 Halle (Saale)
Telefon/Fax 0345/2021139

10-Punkte-Sofortprogramm der LINKEN

DIE LINKE hat in ihrer Fraktionsklausur am 9. und 10. Oktober 2009 im brandenburgischen Rheinsberg einstimmig ein Sofortprogramm beschlossen, mit dem die Fraktion in die neue Legislaturperiode startet.

Deutschland verweigert den Kriegsdienst

1. Raus aus Afghanistan

DIE LINKE will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir werden im Bundestag einen Afghanistan-Friedensvorschlag vorlegen, der Entsendung weiterer Soldaten widersprechen und den Abzug der Bundeswehr fordern. Die finanziellen Mittel sollen vom militärischen Einsatz auf zivile Unterstützung umgewidmet werden. DIE LINKE wird für Abrüstung initiativ und fordert den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland.

Gute Arbeit

2. Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Gleichstellung in Lohnfragen

DIE LINKE setzt die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sofort wieder auf die Tagesordnung des Parlaments. Der Mindestlohn soll in der 17. Legislaturperiode auf zehn Euro erhöht werden und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Wir fordern gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit in gleicher Arbeitszeit für Frauen und Männer, in Ost und West, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und für Menschen mit und ohne Behinderungen.

3. Stärkung von Kündigungsschutz und Mitbestimmung - 2 Mio. Arbeitsplätze statt Massenarbeitslosigkeit

DIE LINKE weist alle Angriffe auf den Kündigungsschutz zurück und

wird Initiativen zu seiner Stärkung ergreifen. Die Mitbestimmung in den Unternehmen ist zu verteidigen und zu erweitern. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Massenentlassungen bei nichtinsolvenzgefährdeten Unternehmen und für die Rücknahme der Liberalisierung der Leiharbeit ein, um den Trend zur Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen durch Leiharbeit zu stoppen.

DIE LINKE will mit Hilfe eines Konjunkturprogramms und eines Zukunftsfonds für den industriellen Umbau Arbeitsplätze für die Zukunft sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Dafür müssen Produktion und Produkte auf moderne, sozial-ökologische Bedürfnisse ausgerichtet werden, Investitionen in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur ausgeweitet werden und öffentliches Personal eingestellt werden. Öffentliche Gelder an die Industrie werden nur als Beteiligungen vergeben, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Belegschaften, Gewerkschaften und Verbänden.

Soziale Sicherheit

4. Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I verlängern

DIE LINKE setzt alles daran, in der Krise das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate zu verlängern und das Arbeitslosengeld I für alle Anspruchsberechtigten auf 24 Monate zu erhöhen. Darüber hinaus ist die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes I abhängig von der Dauer der Einzahlung (pro Jahr Einzahlung einen Monat Arbeitslosengeld beginnend mit dem 3. Jahr). Dies begrenzt Verunsicherung und soziale

Härten und stabilisiert die Binnen-nachfrage.

5. Hartz IV abschaffen - DIE LINKE wird als erste Schritte im Bundestag fordern:

* Die Freigrenzen beim Schonvermögen im SGB II - zur Alterssicherung und darüber hinaus - werden deutlich erhöht.

* Die Entgelte von Ferienjobs für Kinder von Hartz-IV-Beziehenden werden nicht auf die Höhe der Hartz-IV-Sätze angerechnet.

* Kinderregelsatz an Kindesbedarf anpassen! Entsprechend dem Urteil des Bundssozialgerichtes soll der Bedarf für Kinder und Jugendliche in der Grundsicherung eigenständig ermittelt und in der Folge deutlich angehoben werden.

* Ein Sanktionsmoratorium soll die Drangsalierung von Hartz IV-Beziehenden sofort stoppen. Unabhängig davon fordern wir die Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 im SGB II.

* Abschaffung des Konstruktes Bedarfsgemeinschaft im SGB XII und II für Erwachsene.

* Die gleichen Forderungen gelten auch für Menschen mit Behinderungen und andere Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe).

Alterssicherung - armutsfest und gleich in Ost und West

6. Rente ab 67 zurücknehmen und Rentenwert Ost-West zügig angleichen

DIE LINKE fordert die Abschaffung der Rente erst ab 67. Schon heute gehen im Osten 70 Prozent und im Westen 40 Prozent aller Neurentnerinnen und -rentner mit

Abschlägen in Rente. Laut Deutscher Rentenversicherung waren im September 2008 nur noch 7,4% aller 63- und 64jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre ist daher sozialpolitisch unverantwortlich und arbeitsmarktpolitisch widersinnig. Wir fordern eine armutsfeste Rente spätestens ab Vollendung des 65. Lebensjahres. DIE LINKE kämpft weiter für die zügige Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die Höherwertung der Verdienste ostdeutscher Beschäftigter ist so lange differenziert beizubehalten, bis die Angleichung bei Löhnen und Gehältern erfolgt ist.

Wer bezahlt die Krise?

7. Kleine und mittlere Einkommen entlasten - Kreditklemme bekämpfen

DIE LINKE will, dass Reiche und Vermögende für die Finanzierung der Krise sowie für gesellschaftliche Reformen herangezogen werden. Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden. DIE LINKE lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer strikt ab. DIE LINKE wird eine Reform der Einkommensbesteuerung durch eine Abschaffung des Steuerbauchs einbringen. Der/die Durchschnittsverdiener/in mit 30.000 Euro Jahreseinkommen soll eine Steuererleichterung von mehr als 100 Euro im Monat erhalten. Ab einem zu versteuernden Monatseinkommen von 6000 Euro setzt zunächst eine leicht ansteigende höhere Belastung ein; Einkommensmillionäre sollen rund 100.000 Euro mehr an Steuern im Jahr zahlen. DIE LINKE wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer fordern, wobei Privatvermögen von

über einer Millionen Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Außerdem soll eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die drohende weitere Verschärfung der Kreditklemme abgewendet wird. Bei knapp 40 Prozent der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2009 ist die Kreditverweigerung der Banken die „zentrale Ursache“. Die EZB leiht den Banken Rekordsummen für ein Prozent Zinsen. Aber sie geben diese günstigen Konditionen nicht weiter, verlangen 10, 11, ja bis zu 18 Prozent Zinsen. DIE LINKE wird von der Regierung fordern, dass sie endlich auf die Kreditvergabe der Banken Einfluss nimmt. Dazu gehört, die Banken unter staatliche Kontrolle zu stellen bis hin zur Vergesellschaftung. DIE LINKE will, dass Überziehungszinsen begrenzt werden.

8. Schutzschirm für die sozialen Sicherungssysteme

DIE LINKE lehnt es ab, dass die Kosten der Krise über Zusatzbeiträge u.ä. auf die sozial Versicherten abgeladen werden. Deshalb wollen wir einen Bundestagsbeschluss, dass die Sozialversicherungen für die durch die Krise entstehenden Defizite eine Staatsgarantie bekommen - finanziert aus den Steuermehreinnahmen. Nur so kann eine Kürzung der sozialen Leistungen und die zusätzliche Belastung der Versicherten ausgeschlossen werden. Aktuell darf bspw. das sich abzeichnende Milliardendefizit im Gesundheitsfonds (rd. 10 Mrd.) 2010 nicht über Zusatzbeiträge auf die Schultern der Versicherten abgewälzt werden.

9. Grundrechte verteidigen

Die LINKE wird eine gesetzliche

Regelung für einen wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz einbringen, der solche Schnüffelei wie bei Lidl, der Bahn oder der Deutschen Bank unterbindet.

Am 31. Dezember endet die bisherige Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländerinnen und Ausländer. Die LINKE wird sich für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für die rund 62.000 seit vielen Jahren hier lebenden Flüchtlinge einsetzen. Langjährig Geduldete und Menschen, die zurzeit nur befristet bleibeberechtigt sind, müssen ein gesichertes Aufenthaltsrecht und eine Lebensperspektive erhalten.

DIE LINKE wird einen Antrag zur bundeseinheitlichen und bedarfsgerechten Finanzierung der Frauenhäuser einbringen, der für alle Frauen einen offenen Zugang zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus garantiert, Kosten für den Aufenthalt der Kinder einschließt, den Lebensunterhalt sichert und Unterhaltsansprüche von geflüchteten Frauen gegenüber Partnern auf den Staat überträgt.

Energiewende durchsetzen

10. Atomausstieg unumkehrbar machen

Wir werden parlamentarisch und außerparlamentarisch dafür streiten, dass die in der 17. Legislaturperiode abzuschaltenden sieben Reaktoren - davon vier noch bis Jahresende 2009 - wirklich unumkehrbar vom Netz gehen. Zudem werden wir darauf drängen, sofort einen Untersuchungsausschuss atomare Endlager (Asse II, Gorleben, Morsleben, Schacht Konrad und zum Endlagersuchverfahren) im Bundestag einzusetzen.

„DIE LINKE. Sachsen-Anhalt - Für einen politisch handlungsfähigen und finanzierbaren Landesverband“

Der Landesparteitag hat in seinem Antrag „DIE LINKE. Sachsen-Anhalt - Für einen politisch handlungsfähigen und finanzierbaren Landesverband“ unter anderem auch die Öffentlichkeitsarbeit angesprochen.

Im Bericht des vorherigen Stadtvorstandes gab es die Empfehlung, eine zeitweilige AG Öffentlichkeitsarbeit analog der zeitweiligen AG Struktur beim Stadtvorstand zu installieren.

Nun liegen vernünftig funktionierende Strukturen und eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit eng beieinander. Das sieht auch der Landesvorstand so. Ohne eine vernünftige Kommunikations-, Arbeits- und Organisationsstruktur ist eine effektive Öffentlichkeitsarbeit nicht zu leisten. Durch die AG Struktur ist es uns gelungen, Kräfte innerhalb des Stadtverbandes zu bündeln, Basisorganisationen so zusammenzufassen, dass sie mit ihren Veranstaltungen auch eine breitere Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen und somit sicher letztendlich auch zu den sehr guten Wahlergebnissen beigetragen haben. Wir wissen aber auch, dass unsere Ressourcen sowohl personeller als auch finanzieller Mittel begrenzt sind und erfahrungsgemäß nicht wesentlich steigen werden. Aber auch unsere ehrenamtlichen Kräfte können wir nicht unendlich ausbeuten. Gerade diese, für uns so wichtigen Genossinnen und Genossen dürfen wir nicht verschleißen und müssen Acht geben, dass sie den Spaß an dieser verantwortungsvollen und für unsere Partei so wichtigen Arbeit nicht

verlieren. Hier gilt es, tatsächlich die Arbeit zu optimieren, die neuen Kommunikationsmittel zu nutzen und die Arbeit so zu organisieren, dass mehr Genossinnen und Genossen daran teilhaben können. Hier spreche ich besonders von Genossinnen und Genossen, die in Erwerbsarbeit sind und dort zeitlichen Zwängen unterliegen. Außerdem sollten wir nicht vergessen, dass die meisten auch Familie haben und es jedem selbst überlassen sein sollte, wie viel Zeit er oder sie mit derselben verbringen und in sie investieren möchte.

Nun bin ich der festen Überzeugung, dass der persönliche Austausch unverzichtbar ist und nicht zu ersetzen. Punktuell aber ist es sicher künftig nötig, mehr mit modernen Kommunikationsformen zu arbeiten. Ich möchte das an einem Beispiel festmachen: Das "Linke Blatt" entsteht im Normalfall so, dass Artikel, Beiträge und Termine gesammelt werden und dann in einer Redaktionskonferenz besprochen werden und entschieden wird, was auf welcher Seite abgedruckt wird, was eventuell verworfen werden muss, was in eine spätere Ausgabe aufgenommen wird. Dazu sitzen wir alle zwei Wochen in der Blumenstraße, meistens so 3 - 5 Genossinnen und Genossen. Dieses Jahr hatten wir die Situation, dass wir entweder die Gestaltung und die Redaktion einem Genossen überlassen mussten, womit wir ihn zwar nicht überfordert, aber vielleicht etwas im Stich gelassen hätten, oder aber unsere Redaktionssitzung ausschließlich über das Internet durchführen. Wir haben

uns dazu entschlossen, die letztere Möglichkeit zu wählen und sind damit gut gefahren. Das Linke Blatt ist wie immer im Kollektiv entstanden und keiner hatte Gewissensbisse, dass er zum Termin nicht da sein konnte. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich nur sagen, dass mir diese Vorgehensweise sehr geholfen hat. Und gerade diese Erfahrung hat mir persönlich sehr bei meiner Entscheidung geholfen, als Stellvertreterin für den Stadtvorstand zu kandidieren, da nicht für alle organisatorischen Fragen die persönliche Anwesenheit nötig ist.

Natürlich weiß ich auch, dass auch trotzdem viel Zeit investiert werden muss, aber es fällt mir leichter zu wissen, dass ich eine Menge auch von zu Hause aus erledigen kann, wie z.B. das "Linke Blatt" ins Internet zu stellen (die Waschmaschine kann im Hintergrund laufen).

Was ich letztlich sagen wollte ist folgendes:

Mit der Installation einer AG Öffentlichkeitsarbeit können wir viele Gedanken und Ideen bündeln, um in unserem Stadtverband die Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren und noch mehr Genossinnen und Genossen in unsere Arbeit einzubinden.

Der erste Termin zur AG Öffentlichkeitsarbeit wird über das "Linke Blatt" und das Internet bekanntgegeben.

Interessierte können sich jetzt schon über info@dielinke-halle.de melden.

Marianne Böttcher